Grünzeux

Informationen aus dem Kreistag Borken

von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

TROTZ CORONA WÜNSCHEN WIR EUCH ALLEN FROHE OSTERN

Das Osterwochenende steht bevor, doch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie müssen wir trotz der Feiertage davon absehen, Verwandten oder Freunde einzuladen oder zu besuchen. Rein rechtlich gesehen gilt das aktuelle Kontaktverbot zwar nur im öffentlichen Raum, doch auch durch Treffen in den eigenen vier Wänden erhöht man das Ansteckungsrisiko.

Unser besonderer Dank gilt all jenen, die das Westmünsterland trotz widriger Umstände aktuell am Laufen halten, vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich, im Einzelhandel, Transport, in der Lebensmittelproduktion oder bei der Notbetreuung der Kinder. Die Frage nach einer gerechten Entlohnung und guten Personalausstattung in Gesundheits- und Pflegeberufen ist eine der ersten, die wir im Anschluss an die unmittelbare Krisenbewältigung angehen müssen.

Die Einschränkungen, die wir zur Eindämmung der Pandemie als Gesellschaft gemeinsam auf uns nehmen, sind immens und haben enorme soziale und wirtschaftliche Konsequenzen. Wir Grüne unterstützen die vielen Hilfsmaßnahmen etwa für Unternehmer*innen, Soloselbstständige und Kulturschaffende, die jetzt beschlossen wurden.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Städte und Gemeinden in der Corona-Krise finanziell nicht im Stich gelassen werden – sie leisten Pandemie-Bekämpfung an vorderster Front und dürfen nicht auf einem Haufen Schulden sitzen bleiben, der sie handlungsunfähig macht.

Halten wir Abstand, um insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen zu schützen und zu sicherzustellen, dass unser Gesundheitssystem der Belastung standhält. Wir als Grüne Fraktion im Kreistag Borken wünschen Euch trotz der besonderen Rahmenbedingungen und Einschränkungen ein schönes und entspanntes Osterfest.

In Zeiten der Corona-Krise unterstützen wir die vielfältigen Aktiovitäten der Kreisverwaltung, die Pandemie einzudämmen und die Krise zu bewältigen. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir die Maßnahmen nicht einer kritischen Würdigung unterziehen. Dort wo es angebracht ist - wie etwa bei den in dieser Woche vorgestellten Sonderfahrplänen im ÖPNV mahnen wir Verbesserungen an. Auch in der Krise darf die Demokratie nicht zum Erliegen kommen. Kontrolle von Verwaltungshandeln bleibt essentiell. Auch und gerade, wir die Kreisverwaltung bei ihren Aktivitäten unterstützen, bleibt es unsere Aufgabe als Fraktion im Kreistag das Handeln der Kreisverwaltung zu begleiten, zu unterstützen, aber auch - wenn angebracht - zu verbessern.

Am 7. April, dem Welttag der Gesundheit, hat die Kreistahgsfraktion all jenen besonderen Dank ausgesprochen, die unser Land trotz widriger Umstände aktuell am Laufen halten! Wir fordern: Lasst uns solidarisch mit Menschen in systemrelevanten Berufen sein, heute und morgen, während und auch nach der Krise! „Wir sollten uns auch später daran erinnern, was die Menschen in den medizinischen und pflegenden Berufen für die Bevölkerung geleistet haben. Sie brauchen dauerhaft mehr Anerkennung – auch und gerade in finanzieller Hinsicht," sagt Jens Steiner, stellvertretender Vorsitzender der Grünen Kreistagsfraktion.

Schutzmaßnahmen haben aktuell besondere Priorität. Damit der enorme Bedarf an Medizingütern wie Schutzmasken und Schutzkleidung, Beatmungsgeräten sowie Sauerstoffvorräten und Desinfektionsmitteln gedeckt werden kann, müssen die Produktionskapazitäten national und europäisch erhöht und die Koordinierung verbessert werden. Täglich steigen die Zahlen neuinfizierter Personen, auch bei uns im Westmünsterland. Um die sinnvoll zu schützen, die uns schützen, ist es wichtiger denn je, den Zugang zu Schutzausrüstung zu erleichtern, Mundschutzmasken zu nähen, um die Engpässe zu überbrücken, social und vor allem physical distancing auch bei bestem Frühlingswetter weiter einzuhalten und die von offiziellen Seiten empfohlenen Hygienemaßnahmen zu beachten.

DIE GRÜNE KREISTAGSFRAKTION LEHNT DEN KREISHAUSHALT 2020 AB

Für die grüne Kreistagsfraktion hat die Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper die Haushaltsrede zur Verabschiedung des Kreishaushalts 2020 gehalten. Zwar treffen die allgemeinen Rahmendaten des Haushalts die Zustimmung der Grünen Kreistagsfraktion, aber es gibt in wesentlichen Politikfeldern große Differenzen zwischen unseren Zielvorstellungen und dem Handeln der Kreisverwaltung von Landrat Dr. Zwicker und der CDU-Mehrheitsfraktion. Insbesondere beim Klimaschutz und bei der Verkehrspolitik mahnte Gertrud Welper für die Grünen erheblichen Nachholbedarf an.

Welper sagte, die „Veränderungen des Klimas sind inzwischen überdeutlich in allen Regionen der Welt spürbar. Die Fakten dazu lassen sich im aktuellen Klimabericht der Bundesregierung nachlesen. Der Klimawandel ist da, er ist nicht mehr zu leugnen! Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel zu spüren bekommt, aber die letzte Generation, die noch etwas dagegen tun kann! Es ist Zeit jetzt endlich konsequent umzusteuern."

Die CDU und Landrat Zwicker hätten sich sich trotz dieser unbestreitbaren Fakten im vergangenen Jahr nicht dazu durchringen können, auch für den Kreis Borken den Klimanotstand auszurufen. Der engagierten und kämpferischen Rede, die Johanna Dekkers hier im Kreistag im Namen von Fridays for Future gehalten hat, lauschte die Mehrheitsfraktion mit eisigem Schweigen. Daher sei es gut, dass es anschließend zumindest gelungen ist, ein gemeinsames Maßnahmenpaket gegen den Klimawandel einstimmig auf den Weg zu bringen. Es stimme sie daher mit Sorge, dass der Landrat bei seiner Haushaltsrede vor „Akzeptanzproblemen" beim Klimaschutz gewarnt habe und enorme Belastungen auf unseren Kreis durch die Energiewende zukommen sah und er implizierte, Klimaschutz werde „gegen die Bevölkerung durchgedrückt." Das, so Welper an Landrat Zwicker sei „blanker Unsinn! Bei dem Ernst der Lage ist es aus der Sicht meiner Fraktion unverantwortlich auf die Rhetorik der Klimaleugner und Populisten zurückzugreifen. Im Gegenteil, damit stoßen Sie die vielen engagierten, jungen Menschen, die immer noch auf die Straße gehen vor den Kopf," sagte Welper.

Welper mahnte: „Wenn wir den Klimawandel ernst nehmen, kommen wir um eine konsequente Mobilitätswende nicht herum. Daher hat es uns auch schwer geärgert, dass der Landrat vor zwei Wochen den Baumwollexpress als dritte Schnellbuslinie im Kreis ohne Not in Frage gestellt hat. Wir sind daher sehr froh, dass die nach den klaren Bekenntnissen aller Fraktionen zum Baumwollexpress, aber auch nach dem deutlichen Signal aus meiner Heimatstadt Vreden, wo sich die Bürgerinnen und Bürger sehr auf den neuen Schnellbus freuen, der Baumwollexpress wieder fest in der Spur ist."

Der Kreis Borken sei als Flächenkreis auf eine gute Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Die CO2- Emission des Verkehrssektors im Kreis erreicht den stattlichen Anteil von knapp 50% der gesamten CO2-Emissionen. Deswegen ist der Kreis doppelt gefragt, die Verkehrsbelastung zu senken. An erster Stelle stehe hier ein leistungsfähiger ÖPNV, um den täglichen Pendlerverkehr vom PKW auf den ÖPNV zu lenken. Neben innovativen Konzepten für die Verkehrslenkung sei es wichtig, den Nahverkehr bezahlbar zu machen und einen echten finanziellen Anreiz zum Umstieg auf Bus, Bahn und Straßenbahn setzen. Deshalb setzen die Grünen auch weiterhin auf ein 365 Euro Ticket für das gesamte Münsterland.

Zusammenfassend beklagte Welper, dass von einer durchgängigen Zukunftsperspektive beim Kreishaushalt 2020 keine Rede sein könne. Insbesondere das so wichtige Thema Ökologie hat bei Landrat und CDU keinen hohen Stellenwert. Auch wenn die reinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen, hat sich die Grüne Kreistagsfraktion in der Gesamtschau daher entschieden, den Haushaltsentwurf für das Jahr 2020 abzulehnen.

KREIS BORKEN WIRD KEIN SICHERER HAFEN

Antrag zum Beitritt des Kreises zum Bündnis Seebrücke scheitert an der CDU

Breiten Raum nahm in der letzten Sitzung des Kreistags die Diskussion um den von der SPD eingebrachten Vorschlag, der Kreis solle dem Bündnis „Seebrücke“ beitreten, ein. In dem Antrag wurde vorgeschlagen, dass der Kreis Borken sich bereit erklärt, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, insbesondere aus den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern, direkt aufzunehmen und unterzubringen.

Diese Aufnahme sollte zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender geschehen. Der Kreis Borken sollte dafür die notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung – insbesondere in den Bereichen Wohnen, Betreuung, medizinische Versorgung und Bildung zur Verfügung stellen. Dazu sollte der Kreis Borken dem Bündnis „Seebrücke“ beitreten. Am Ende der Diskussion votierte die Mehrheit aus CDU, FDP und AfD gegen den Vorschlag, während SPD, Grüne, UWG und Linke/Piraten den Antrag in einer sehr emotional geführten Debatte unterstützten.

Es gelte, ein Zeichen der Humanität zu setzen, forderte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Jens Steiner, in der Debatte. „Angesichts des unvorstellbaren Leids und des Elends, dem die flüchtenden Menschen ausgesetzt sind, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir gerade den Schwächsten unter den Schwachen helfen,“ sagte Steiner. „Wir wollen und dürfen das Sterben vor unseren Augen nicht weiter hinnehmen“, begründete er die Unterstützung der Grünen für den Antrag.

Die Kreistagsmehrheit war jedoch nicht zu einem Zeichen der Humanität des Westmünsterlandes zu bewegen. Die Rettung und die Aufnahme der notleidenden Flüchtlinge sei keine kommunale Aufgabe, sondern eine europäische. Die Bundesregierung stehe in der Verantwortung, mit der EU eine europäische Lösung für das Drama zu suchen und umzusetzen. Dann sei man natürlich bereit, unseren Anteil zu leisten, argumentierten CDU-Vertreter. Dein darüber hinausgehendes Engagement war für die CDU nicht zustimmungsfähig. Die Fraktionen von Grünen, SPD und UWG waren angesichts der strikten Ablehnung durch die CDU sichtlich erschüttert. Stießen jedoch auf taube Ohren. Die in der Debatte gestellte Frage des UWG-Fraktionsvorsitzenden Jörg von Borcyskowski, wie es sein könne, dass der Kreistag bei einem solchen Thema keine Einigkeit erziele, es gehe schließlich um die Rettung von Kindern, kommentierte Landrat Zwicker mit dem Zwischenruf: „Dann stellen sie halt nicht solche Anträge.“

Für immer mehr Städte und Gemeinden, Kirchen und Akteure der Zivilgesellschaft sind die katastrophalen Zustände auf den griechischen Inseln und das Scheitern der europäischen Politik Anlass, selbst Verantwortung zu übernehmen. Kommunen in NRW, die Teil des Bündnisses „Sichere Häfen“ sind, erklären sich bereit, über den Königsteiner Schlüssel hinaus Kinder und weitere schutzbedürftige Geflüchtete aus den griechischen Lagern bei sich aufzunehmen. Sie stellen sich mit dieser Initiative der Organisation SEEBRÜCKE gegen die Abschottungspolitik Europas und leisten selbst einen Beitrag, um mehr Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen. Ohne bundes- oder landesweites Abkommen sind ihnen die Hände allerdings gebunden.

Die Situation von Geflüchteten an der türkisch-griechischen Grenze spitzt sich dramatisch zu. Nach der von der Türkei verkündeten Öffnung der Grenze zur EU brachen mehrere tausend Geflüchtete nach Europa auf. Laut UNHCR harren aktuell ca. 13.000 Migrantinnen und Migranten vor der Grenze zur Griechenland aus. Der türkische Präsident Erdo□an missbraucht die Schutzsuchenden als Erpressungsmasse gegen die EU für seine innen- und außenpolitischen Interessen. Dieser zynische Schachzug kommt keineswegs überraschend. Ursache dafür ist der viel kritisierte Flüchtlingsdeal mit der Türkei und der Unwille der Mitgliedstaaten Verantwortung für eine gerechte Verteilung von Geflüchteten in der EU zu übernehmen. Das gewaltsame Vorgehen Griechenlands gegen die Geflüchteten und, damit verbunden, die faktische Aussetzung des Rechts auf Asyl dürfen so nicht hingenommen werden.

Die Grüne Kreistagsfraktion findet es unverantwortlich, dass die Urenco in Zeiten des Coronavirus die Bevölkerung zusätzlich durch Atommülltransporte gefährdet.

Dazu erklärt Jens Steiner, Vorsitzender des Kreistagsausschusses für Sicherheit und Ordnung: „Mitten in der Coronakrise führte die Urananreicherungsfirma Urenco Transporte mit Uranmüll zu einem niederländischen Seehafen durch.“ Er findet, dass diese Maßnahme schon in normalen Zeiten kritisch ist und in Zeiten von Corona ein untragbares Risiko darstellt.

„Seit Wochen arbeiten alle an der Belastungsgrenze, die sich um die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung kümmern. Im Falle eines Unfalls wären die durch Corona sowieso schon über Gebühr belasteten Krankenhäuser mit weiteren Verletzten konfrontiert worden,“ beklagen die Grünen.

„Dieses Risiko nicht verhindert zu haben ist unverantwortlich. Zudem stellte der Schutz der Transporte für die Polizei in diesem Tagen eine unnötige Zusatzbelastung dar.

Aktuell sind aus nachvollziehbaren Gründe Demonstrations- und Versammlungsrechte massiv eingeschränkt, Urenco nutzt das schamlos aus und die Landesregierung spielt mit.“

In der CORONA-Krise keine Versorgungssperren vornehmen

Während der CORONA-Krise sollen keine Unterbrechungen der Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung bei Zahlungsrückständen von Privathaushalten und Gewerbebetrieben mehr vorgenommen werden. Die Kreistagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen verweist in diesem Zusammenhang auf das kürzlich beschlossene Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht, im Rahmen dessen Schuldner*innen für einen beschränkten Zeitraum Zahlungen aufschieben können, wenn sie in existenzbedrohender Weise von der aktuellen Pandemie betroffen sind.

Sandra Krüger, Kreistagsabgeordnete der Grünen betont, dass es aus Sicht der Kreistagsfraktion ein angemessenes Verhalten sei, „dass kommunalen Unternehmen gerade in Zeiten einer Pandemie ihre Dienstleistungen der Daseinsvorsorge den Bürgerinnen und Bürgern ohne Unterbrechung zur Verfügung stellen."

„Um die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen, sind die Menschen angehalten, zu Hause zu bleiben. Daher ist es wichtig, dass sie dabei soweit es geht unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass niemandem Strom, Wasser oder Gas abgestellt werden", sagt Krüger. Die Grüne Kreistagsfraktion setzt sich dafür ein, für die Zeit der Corona-Krise angekündigte Versorgungssperren bei Strom, Gas und Wasser nicht auszuführen und bereits verhängte Versorgungssperren befristet auszusetzen soweit dies bisher noch nicht geschehen ist. „In diesen Tagen ist gerade für einkommensschwache Haushalte das Thema entscheidend für die Lebensqualität. In der aktuellen Situation sollte die Befriedigung von Grundbedürfnissen, wie der Möglichkeit warmes Essen zuzubereiten, Nachrichten zu empfangen, eine Dusche zu nehmen oder per Mobiltelefon mit anderen in Kontakt zu bleiben für alle Menschen in unserem Land gewährleistet sein. Dies gilt insbesondere auch für Familien mit Kindern, die vorher zum Beispiel die schulische Gemeinschaftsverpflegung in Anspruch nehmen konnten," sagt Sandra Krüger.

BIODIVERSITÄTSFÖRDERUNG

Feldvogel-Inseln im Acker

Mit dem einsetzenden Frühling beginnt die Brutzeit unserer heimischen Vögel. Auch unsere Feldvögel wie Kiebitz, Feldlerche und Rebhuhn können auf und über zahlreichen landwirtschaftlichen Nutzflächen bei der Balz beobachtet werden. Kiebitz und Co. mögen vor allem im Frühjahr noch unbearbeitete Flächen, auf denen später Feldfrüchte angebaut werden. Wenn in der Brutphase der Tiere die landwirtschaftlichen Flächen zur Einsaat vorbereitet werden, gehen bei der flächigen Bodenbearbeitung leider viele Gelege verloren.

Schon seit einigen Jahren sinken die Bestandszahlen unserer Feldvögel drastisch - auch der Kreis Borken ist hier keine Ausnahme. Um diesem „Trend" entgegenzuwirken, wird auch in diesem Jahr wieder eine einmalige Prämie für den Schutz der Gelege im Rahmen der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie vom Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt.

Für die Anlage von unbewirtschafteten Teilbereichen innerhalb einer Ackerfläche mit einer Größe von 0,5 bis 1 Hektar und einer Breite von mindestens 50 Metern und den Verzicht auf jegliche Bearbeitung dieser Inseln ab dem 1. April bis zur Ernte der angrenzenden Hauptfrucht (spätestens bis zum 01.Oktober) wird ein Ausgleichsbetrag gezahlt.

Der Betrag richtet sich in der Höhe nach der Feldfrucht, in der die Brache eingerichtet wird. So wird beispielsweise 1.050 Euro je Hektar bei Silomais gezahlt, vorausgesetzt auf den Flächen befinden sich mindestens drei Feldvogelpaare. Bei anderen Feldfrüchten variieren die Ausgleichszahlungen.

Die Grünen Ahaus wurden von der Grünen Jugend Ahaus bei der #stayathomechallenge nominiert und haben natürlich sehr gerne mitgemacht. Mit dabei auch die beiden Grünen Kreistagsabgeordneten Dietmar Eisele und Jens Steiner. Die Botschaft der Grünen: „Liebe Ahauser*innen! Bleibt zu Hause, bleibt gesund und passt auf euch auf! Gemeinsam schaffen wir das! Alles Gute von den Grünen Ahaus"

„Wenn wir uns wegen Corona im Moment auch nicht persönlich treffen können, so sind wir für Euch digital - egal ob in den Sozialen Medien oder über unsere Webseite - immer erreichbar," sagte Dietmar Eisele, der auch Bürgermeisterkandidat der Ahauser Grünen ist.

Herausgeber

Herausgeber:
Grüne Kreisagsfraktion Borken

www.gruene-kreis-borken.de
facebook.com/gruenekreisborken

V.i.S.d.P.:
Jens Steiner
Stv. Fraktionsvorsitzender
Kridtstr. 24 | 48619 Heek
Telefon: 0151-59184847

Unter dem Motto #closedbutopen machen sich derzeit viele Museen und Ausstellungshäuser auf den digitalen Weg zu ihren Besucherinnen und Besuchern ins heimische Wohnzimmer. Das kult in Vreden geht diesen Weg mit – macht es aber dennoch anders: Das kult-Team hat besondere Objekte des Hauses ausgewählt und stellt diese nun in kurzen Filmsequenzen vor. Doch geschieht das nicht etwa in Form eines virtuellen Rundgangs durch die menschenleeren Ausstellungräume oder durch eine abgefilmte Führung, sondern durch ein Frage-Antwort-Spiel zwischen der Sockenpuppe „Rock McSock“ und kult-Leiterin Corinna Endlich.

„Es geht uns nicht darum, die Ausstellungen zu einem digitalen Schaufenster umzubauen oder die Zuschauer durch Monologe über die Inhalte zu informieren“, erläutert Corinna Endlich die Idee hinter dem Medienkonzept. „Es geht uns darum, in dieser besonderen Situation Menschen weiterhin für Kultur zu interessieren und das kult nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wissenschaft und Bildung können und müssen charmant und witzig sein!“

ÖPNV-SONDERFAHRPLAN HAT NOCH MÄNGEL

Grüne: Corona-Sonderfahrplan der RVM noch verbesserungsfähig

Die Grüne Kreistagsfraktion hat in einem Brief an die Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) als zuständiges kommunales Verkehrsunternehmen sowie die Dezernentin für Verkehr des Kreises Borken Verbesserungsbedarf zum nun aufgrund der Corana-Krise von der RVM vorgelegten Sonderfahrplan zum 8.April 2020 eingefordert. Dietmar Eisele, stv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen des Kreistags und Mitglied des Aufsichtsrates der RVM, bemängelt in dem Schreiben an den RVM-Geschäftsführer Pieperjohanns, RVM-Fahrdienstleiter Klüppels und Verkehrdezernentin Dr. Schwenzow, dass der Sonderfahrplan im Wesentlichen den bekannten Samstagsfahsplan widerspiegele und damit insbesondere die Bedürfnisse der Berufstätigen in den systemrelevanten Berufen zu wenig berücksichtigt werden. Die Grünen regen an, die Bedürfnisse der Berufspendler individuell auf jeder Linie zu berücksichtigen, Verbindungssicherheit zu gewährleisten und in den An- und Abreisezeiten zur Arbeitsstelle mindestens auf einen Stundentakt zu wechseln.

Eisele nennt konkrete Beispiele, um die Kritik der Grünen an der Konzeption des Sonderfahrplans zu verdeutlichen. So sieht dieser beispielsweise vor, dass die Fahrt der Linie S70/S71 um 5.52 Uhr ab Ahaus soll wegfallen, obwohl diese Verbindung die erste Anschlussmöglichkeit des R76 für Stadtlohn ist. Die nächste Fahrt des S70 um 6.32 Uhr ist für Stadtlohner überhaupt nicht zu erreichen, da die Anschlussfahrt des R76 um 6.07 Uhr ersatzlos gestrichen werden soll. Das bedeutet, dass der nächste erreichbare Anschluss ab Stadtlohn erst um 7.08 Uhr möglich ist. Eine mehr als unglückliche Situation.

„Aktuell stellen Berufspendler, die auf den Bus angewiesen sind wohl die Mehrzahl der Nutzer des ÖPNV. Dass der Sonderfahrplan gerade für sie Hürden aufbaut, die mit einer leicht veränderten Planung vermeidbar wären, ist für uns nicht nachvollziehbar,“ so Dietmar Eisele. Nicht durchdacht finden die Grünen daher den Umstand, dass durch die strikte Übernahme des Samstagsfahrplans gerade für Berufspendler zur Hauptverkehrszeit in den Nachmittagsstunden auf vielen Regiobuslinien ein Zweistundentakt entsteht, während in den Vormittagsstunden ein Stundentakt gefahren wird. „Samstags sind öffentliche Verkehrsmittel insbesondere zum Einkaufsverkehr in den späten Vormittagsstunden relevant, an den anderen Werktagen sind die Stunden davor und danach wichtiger,“ erläutert Richard Henrichs, der ÖPNV-Experte der Grünen Kreistagsfraktion. Gerade am Vormittag würde sich nach dem Berufsverkehr deshalb die Möglichkeit bieten, zu einem Zweistundentakt zu wechseln, da bis auf wenige Ausnahmen die sozialen Kontakte weitgehend zum Erliegen gekommen sind.